Innovationsförderung

Ministerin fordert weitere Hilfe vom Bund

Berlin/Dresden (DW). Sachsens Wissenschaftsministerin Sabine von Schorlemer (parteilos) hat den Bund zur Beibehaltung der bewährten Forschungspolitik in den neuen Ländern aufgefordert. „An der Innovationsförderung des Bundes darf nicht gerüttelt werden. Die positive Wirkung der Innovationsförderung des Bundes auf die Entwicklung der neuen Bundesländer muss verstetigt werden“, sagte die Ministerin gegenüber dieser Zeitung.

„Noch immer gibt es eine große Lücke zwischen Ost und West.“ Sichtbar werde diese bei der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskraft. „Die Innovationsförderung ist ein wichtiges Instrument, um die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft zu stärken und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen.“ In Sachsen würden in der Spitzenforschung hervorragende Ergebnisse erzielt. „Diese Entwicklung gilt es zu verstetigen, um die Innovationsfähigkeit und -dynamik zu erhalten. Denn noch immer ist der Aufholprozess nicht beendet“, mahnte die Ministerin. „Wir brauchen weiter eine intensive Innovationsförderung des Bundes.“

Umwelttechnik

Leipziger Experten helfen Alberta

Dresden (J.K.). Die Wirtschaftskontakte zwischen Sachsen und der kanadischen Provinz Alberta nehmen konkrete Formen an. Am Dienstag habe sich Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) mit Premier Ed Stelmach auf eine engere Zusammenarbeit im Bereich Umwelttechnologie verständigt, sagte Regierungssprecher Johann-Adolf Cohausz gestern. Dabei gehe es vor allem um den Ausbau der Beziehungen zwischen Alberta und dem Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig auf dem Gebiet der Tagebauförderung und Rekultivierung. „Da hat Sachsen viel zu bieten an Erfahrung“, sagte Tillich. „Wir müssen ja das Rad nicht immer neu erfinden, Erfahrungsaustausch ist besser.“ Hintergrund ist, dass die Provinz Alberta über die nach Saudi-Arabien größten fossilen Erdölvorkommen verfügt. Diese sollen mit sächsischer Hilfe umweltfreundlich abgebaut werden. „Das ist technologisch sehr anspruchsvoll“, sagte Cohausz. Tillich habe Stelmach nach Dresden eingeladen, im Gegenzug reisen sächsische Experten nach Kanada.

Steuereinnahmen der Kommunen gesunken

Kamenz (dpa). Die Steuereinnahmen der sächsischen Kommunen sind stark gesunken. Rund 2,2 Milliarden Euro flossen im vergangenen Jahr in die Kassen, teilte gestern das Statistische Landesamt mit. Das seien 269 Millionen Euro weniger als 2008. Vor allem die Einnahmen aus der Gewerbesteuer brachen ein. So verbuchten die Kommunen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 966 Millionen Euro, was gegenüber dem Vorjahr einem Minus von 17,2 Prozent entspricht. Am stärksten traf es die kreisangehörigen Gemeinden. Bei ihnen gingen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer um fast ein Viertel zurück. Den höchsten Rückgang verzeichnete mit durchschnittlich 39 Prozent das Kreisgebiet Zwickau.

Neue Drogenspürhunde für Gefängnisse

Dresden (dpa). Aufdeckung und Abschreckung: Die beiden zunächst zum Test eingesetzten Drogenspürhunde für Sachsens Justizvollzugsanstalten haben gestern Verstärkung bekommen. Vor den Augen von Justizminister Jürgen Martens (FDP) stellten drei neue vierbeinige „Kommissare“ in einem Haftraum des Dresdner Gefängnisses ihre Riecher unter Beweis. Damit stehen jetzt fünf Drogenspürhunde und speziell ausgebildete Hundeführer zur Verfügung, um Drogenkonsum hinter Gittern zu verhindern. Ein weiterer Hund wird derzeit ausgebildet. Alle sechs sollen dann regelmäßig Zellen, Freiflächen und Besuchsbereiche nach Drogen – von Anabolika-Tabletten bis Marihuana – durchsuchen.

REGION KOMPAKT

Wegen der Entschärfung zweier amerikanischer Fliegerbomben aus dem Zweiten Weltkrieg musste die Autobahn 2 bei Magdeburg gestern vorübergehend komplett gesperrt werden. Die Bomben waren am Morgen im Gewerbegebiet Rothensee bei Bauarbeiten entdeckt worden.

Eine Spur der Verwüstung haben zwei betrunkene junge Männer mit ihrem Auto in Solsdorf im Kreis Saalfeld-Rudolstadt hinterlassen. Sie krachten in der Nacht zu gestern durch einen Zaun und schoben ihn auf eine parkendes Auto. Der Sachschaden beträgt mehrere tausend Euro.

Wohlfahrtsverbände machen gegen Sozial-Kürzungen mobil

Caritas warnt vor Endzeitstimmung in Sachsen / SPD fordert Rücktritt von Sozialministerin Clauß

Dresden. Seit Wochen stoßen die von Schwarz-Gelb geplanten Kürzungen im Sozialbereich auf Widerstand, gestern gingen die Kritiker geschlossen in die Offensive. Die Einsparungen legten „die Axt an die Wurzel des Sozialen“, sagte die Vorsitzende der Liga der Wohlfahrtsverbände, Beate Henning. Es gehe um nichts Geringeres als einen „drastischen Kahlschlag“. Damit zerstöre die Staatsregierung die soziale Struktur in Sachsen und demonstriere ihr „Desinteresse an Benachteiligten“.

Ähnlich hart äußerten sich Caritas, Rotes Kreuz und die Landesstelle für Suchtgefahren. „Wir stehen am Scheideweg“, sagte Caritas-Sprecher Andreas Schuppert, vielerorts herrsche „Endzeitstimmung“. Der Chef der Landesstelle, Helmut Bunde, warnte vor gravierenden Folgeproblemen. „Jeder Euro, der jetzt gespart wird, erzeugt das Vier- bis Sechsfache an Kosten.“ Mangel an kompetenter Beratung führe nicht selten dazu, dass Krankheiten chronisch würden – und nur noch mit enormem Aufwand stationär behandelt werden könnten. Nach Aussage von Rüdiger Unger, dem Chef des Deutschen Roten Kreuzes in Sachsen, sei das Vorgehen der Regierung „in seiner Brutalität einmalig“.

Das von Christine Clauß (CDU) geführte Sozialministerium muss wegen sinkender Steuereinnahmen in diesem Jahr 25 Millionen Euro einsparen, davon 7,7 Millionen im Bereich Jugendhilfe sowie 600 000 Euro bei der Suchtkrankenhilfe. Laut Bunde seien damit allein im Suchtbereich 23 Stellen in Gefahr. Gleichzeitig warf er der Regierung vor, Mittel zweckzuentfremden.

Dabei wollen sich die Verbände nicht auf Protestnoten beschränken. Geplant sind Demonstrationen und kleine, dezentrale Kundgebungen. Die erste landesweite Aktion soll am kommenden Montag stattfinden, wenn Jugendliche Punkt 16.16 Uhr an verschiedenen Orten Seifenblasen zerplatzen lassen – als Symbol für zerplatzte Träume. Anfang März ist dann eine Großkundgebung vor dem Landtag geplant.

Unterstützung erhalten die Verbände von der Opposition. Grüne und Linke gingen Ressortchefin Clauß gestern an, SPD-Fraktionschef Martin Dulig forderte sie gar zum Rücktritt auf. „Sachsen schafft das Sozialministerium de facto ab“, sagte Dulig. Mangels Masse bestehe kein politischer Spielraum mehr, das Ressort werde „zu einer Abteilung des Finanzministeriums“. Damit, so Dulig, sei auch der Ministerposten überflüssig. Die CDU konterte umgehend. „Die Rücktrittsforderung ist absurd“, sagte Fraktionschef Steffen Flath. In Zeiten rückläufiger Einnahmen habe das Ministerium wohlüberlegt gehandelt.

Jürgen Kochinke



CDU-Fraktionschef Steffen Flath: Es geht nicht nur darum, wie wir über den Sommer kommen, sondern wie wir für die nächsten Jahre Vorsorge treffen.



FDP-Fraktionschef Holger Zastrow: Die große Aufgabe ist es, 20 Jahre nach der Einheit Sachsen neu zu bauen. Die Zeit des Abguckens ist vorbei. Fotos (3): Andreas Döring

„Die Ruhe vor dem Sturm“

Steffen Flath und Holger Zastrow, Fraktionschefs der Koalition, erwarten harte Haushaltskämpfe

Leipzig. „Es gibt keine Tabus” – CDU-Fraktionschef Steffen Flath und sein FDP-Kollege Holger Zastrow kündigen im Interview drastische Einschnitte für die nächsten Jahre an.

***Frage:** Das Klima in der Berliner Koalition ist denkbar schlecht, in Dresden läuft es deutlich besser. Sind CDU und FDP in Sachsen so viel anders als ihre großen Geschwister?*

Steffen Flath: Wir spüren seit den Koalitionsverhandlungen ein Grundverständnis, das in Berlin manchmal fehlt, und wir merken, dass wir zusammen passen. Nicht umsonst stehen im Koalitionsvertrag dicke Brocken, die politisch schwer umzusetzen sind.

Holger Zastrow: In Sachsen läuft manches anders und vieles besser. Der Wahlkampf ist vorbei. Jetzt regieren wir und da haben die Bürger ein Recht darauf, dass man an einem Strang und in eine Richtung zieht.

Es schwappen aber immer öfter Berliner Konflikte nach Sachsen...

Flath**:** Wenn es im Tagesgeschäft mal knirscht, geht es nicht um die Richtung, sondern um die Umsetzung. Die Haushaltsberatungen werden zeigen, ob wir auch in schweren Tagen zusammen stehen.

Was aber fehlt ist die Idee, das Ziel, wohin die CDU-FDP-Koalition das Land führen will. Es herrscht eher Friedhofsruhe.

Flath: Dieses Jahr wird außerordentlich schwierig. Wir müssen 1,7 Milliarden Euro einsparen, ohne dass wir neue Schulden machen wollen. Das ist ein Zehntel des Landesetats. Also nehmen wir den ganzen Apparat unter die Lupe, um die Weichen für die nächsten zehn bis 20 Jahre zu stellen. Das wird massive Proteste auslösen.

Verständlicherweise?

Zastrow: Es ist die Ruhe vor dem Sturm. Die große Aufgabe ist es, 20 Jahre nach der Einheit Sachsen neu zu bauen. Die Zeit des Abguckens ist vorbei. Wir gehen jetzt selbstbewusst eigene sächsische Wege. Das muss solide vorbereitet werden, denn es müssen Strukturen verändert und Besitzstände angegangen werden. Aber die Staatsreform ist absolut notwendig, damit wir 2020 auf eigenen Beinen stehen. Wir wollen das modernste Bundesland werden und zur Spitze Deutschlands gehören.

Wo stehen die größten Einschnitte bevor?

Zastrow: Es gibt keine Tabus. Wir sprechen über alle Bereiche. Gleichzeitig wissen wir, dass wir wieder junge Polizisten und junge Lehrer einstellen müssen.

INTERVIEW



Die Fraktionschefs im Gespräch mit den Redakteuren Bernd Hilder (r.), André Böhmer und Korrespondent Sven Heitkamp (l.).

Flath: Es geht nicht nur darum, wie wir über den Sommer kommen, sondern wie wir für die nächsten Jahre Vorsorge treffen. Bei den Lehrern zum Beispiel. Diejenigen, die schon im System sind, müssen für die Zukunft Sachsens künftig mehr abgeben. In wenigen Jahren werden wir großen Bedarf an neuen jungen Lehrern haben. Zugleich müssen wir auch prüfen, ob wir uns noch die gesamte Hochschullandschaft leisten können.

Die Beschäftigten werden sagen, dass das Land auf ihre Kosten kürzt.

Flath: Um nochmal die Dimension klar zu machen: Die aktuelle Debatte um die Haushaltssperre von 100 Millionen Euro ist nur ein kleiner, harmloser Einstieg in das, was dieses Jahr bevorsteht. Der springende Punkt ist: Wenn wir nicht an die großen Personalkörper rangehen, wird Sachsen kein Geld mehr haben für eigene Akzente wie das Landeserziehungsgeld, das kostenfreie Kita-Jahr und für Investitionen. Er wäre aber grundfalsch, alles auf Null zu stellen. Wir dürfen nicht dahin kommen, dass wir das Geld nur noch für die Beamten und Angestellten zusammenkratzen.

Aber Sie kürzen damit in den Zukunftsbereichen des Landes?

Flath: Nicht nur. Es gibt eine Menge Bereiche, wo wir an Einschnitte denken müssen. Schule, Wissenschaft, Polizei, Soziales gehören dazu, aber auch die Hartz-IV-Regelungen. Die Ausgaben dafür haben sich nahezu verdoppelt. Die Kosten werden durch den Finanzausgleich mit den Kommunen auch vom Land getragen. Das ist eine Riesenposition im Haushalt und wir müssen schauen, wie die Kommunen die nächsten Jahre überleben. Da ist nicht die Zeit, Geschenke zu verteilen.

Zastrow: Einsparpotenziale gibt es fast überall. Das gilt für den Sozialbereich genauso wie für Subventionen. Es existiert zum Beispiel eine regelrechte Fördermittelbeschaffungswirtschaft. Ganze Beraterstäbe sind in Sachsen unterwegs, um mit dem Geld des Steuerzahlers Unternehmer zur Inanspruchnahme von Leistungen zu motivieren, die niemand braucht. An diesen Unsinn müssen wir ran.

Ist die Art des heutigen Sozialsystems eine Altlast aus dem Westen?

Zastrow: Eindeutig ja. Es wird zu viel über Sozialleistungen und zu wenig über Leistungsgerechtigkeit gesprochen. Politik wird immer mehr von den Rändern her gemacht, aber zu wenig für die Mitte. Aber Deutschland besteht nicht nur aus Millionären und Sozialhilfeempfängern. Wer denkt eigentlich an die ganz normalen Berufstätigen, die Tag für Tag im Beruf ihren Mann oder ihre Frau stehen und mit ihren hohen Steuern und Abgaben all das bezahlen, was linksgrüne Politiker dann so gönnerhaft verteilen.

Wackelt auch das finanzpolitische Aushängeschild des Landes, die höchste Investitionsquote? Werden künftig noch alle Programme von Bund und EU kofinanziert?

Flath: Wir wollen bei der höchsten Investitionsquote bleiben, werden sie aber nicht so hoch halten können wie bisher. Auch alle Bundes- und EU-Programme werden einzeln entschieden. Beim Konjunkturpaket haben wir das Geld mitgenommen, beim Schulobstprogramm jedoch verzichtet.

Zastrow: Die generelle Kofinanzierung ist ein altes Dogma, das heute Teil des Problems ist. Weil man vom Land, vom Bund oder aus Brüssel Geld geschenkt bekommen hat, wurden oft Projekte realisiert, die eigentlich überflüssig sind und später viel Geld beim Unterhalt kosten.

Sind das nicht selbst gemachte Leiden?

Flath: Es waren andere Zeiten. Jetzt sind wir gezwungen, alte Standards auf den Prüfstand zu stellen und die Elle der Vernunft anzulegen. Muss man zum Beispiel alle 15 Jahre Schulen sanieren, weil sie nicht mehr neuesten Standards entsprechen?

Zastrow: Wir müssen tatsächlich an die enormen Standards ran. Immer neue Vorschriften und Regeln treiben die Kosten zum Beispiel von Baumaßnahmen in die Höhe. Man holt jetzt aus vielen Schulen alles heraus, was aus Holz ist, weil es mal brennen könnte. Aber wie oft brennt es in Schulen? Mehr Augenmaß und Vernunft tun Not.

Interview: *Bernd Hilder, André Böhmer, Sven Heitkamp*

@ Das komplette Interview lesen Sie unter www.lvz-online.de/download

Elternaktion

Fast zehntausend Unterschriften für Schulerhalt

Dresden. Die Eltern der landesweit neun Gemeinschaftsschulen in Sachsen kämpfen gegen das drohende Aus ihrer einzigartigen Schulmodelle. Gestern übergaben Elternvertreter der Einrichtungen Kultusminister Roland Wöller (CDU) in Dresden knapp 10 000 Unterschriften für den Erhalt ihrer Schulen. „Wir kämpfen um die Fortführung des Konzeptes der Schulen und für einen nahtlosen Übergang an die Gymnasien“, sagte Martina Marx von der Gemeinschaftsschule Dresden-Pieschen. „Es geht nicht um den Fortbestand der Standorte, sondern um deren Inhalte.“

Die Unterschriften seien binnen weniger Wochen seit Dezember gesammelt worden, erklärte Gilbert Birke aus Boxdorf. „Entscheidend ist für uns das gemeinschaftliche Lernen über die 4. Klasse hinaus“, sagte Elternrat Jens Beck aus Geithain. Stärkere und weniger starke Schüler würden sich im Unterricht gegenseitig helfen und ergänzen.

Die Gemeinschaftsschulen waren seit 2005 durch die Initiative der SPD als damaliger Regierungspartner nach und nach auf Antrag eingeführt worden. An den Einrichtungen für die Klassen 5 bis 10 lernen mittlerweile etwa 2000 Kinder. Dieses Jahr dürfen jedoch das letzte Mal Gemeinschaftsschüler aufgenommen werden. Die schwarz-gelbe Regierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag im Herbst 2009 das Auslaufen des Modellversuchs festgeschrieben: „Die bisher genehmigten Schulversuche zur Gemeinschaftsschule werden abgeschlossen und evaluiert.“

In einem zweiseitigen Brief an Wöller gehen die Elternräte nun dagegen vor. „Beweis dafür, dass die Konzepte großen Anklang finden, sind die jährlich steigenden Schüleranmeldungen und das große Engagement der Eltern“, heißt es in dem Schreiben. Erste Untersuchungen der TU Dresden hätten ergeben, dass die Schüler der Gemeinschaftsschulen in Orientierungsarbeiten leicht bessere Ergebnisse erzielten als Schüler der Vergleichsschulen: „Bitte geben Sie uns ein Chance, damit sich die Gemeinschaftsschulen in Sachsen zum Erfolgsmodell entwickeln können.“ Linke, Grüne und SPD unterstützen die Initiative. Minister Wöller dankte den Eltern für ihr Engagement. Er betonte, weder die Standorte noch die positiven Erfahrungen der Konzepte stünden zur Debatte. Vielmehr sollten die Erkenntnisse in die Schullandschaft Eingang finden. Wöller plant, einige Versuchseinrichtungen als Konsultationsschulen fortzuführen. Sie sollen der Weiterentwicklung der Mittelschule zur Oberschule dienen.

Sven Heitkamp

Startkapital für 26 Schülerzeitungen

Dresden (dpa). 26 neue Redaktionen von Schülerzeitungen dürfen sich freuen: Sie werden vom Kultusministerium mit einer Starthilfe von bis zu 250 Euro unterstützt. „Schülerzeitungen schaffen ein transparentes Schulklima und fördern die Verantwortung der Schüler“, sagte Kultusminister Roland Wöller (CDU) gestern. 33 Redaktionen hatten sich um eine Förderung beworben. Eine Jury wählte die besten inhaltlichen Ideen und finanziellen Konzepte aus. Zehn Grundschulen, drei Förderschulen, acht Mittelschulen und fünf Gymnasien werden in den nächsten Tagen den begehrten Bescheid bekommen, hieß es.

@ www.sachsen-macht-schule.de/schule/index.htm

Albert von Lotto im Anflug

Loburger Vogelschutzwarte verfolgt den Rückflug aus Afrika / Erste Störche werden im März erwartet

Loburg (B. L.). Storch Albert von Lotto zieht es Richtung Norden. „Noch steht ihm aber eine lange Reise bevor“, berichtet Michael Kaatz vom Storchenhof Loburg. Mindestens einmal am Tag registriert der Chef der Vogelschutzwarte im Landkreis Jerichower Land am Monitor die Route des Vogels, der mit einem von der Lotto Sachsen-Anhalt GmbH gesponserten Mini-Solarsender ausgestattet ist. Über diesen Sender können die Naturschützer aus Loburg den jeweiligen Aufenthaltsort des Tieres exakt lokalisieren.

Fast 10 000 Kilometer liegen derzeit noch zwischen seinem jetzigen Aufenthaltsort in Afrika und seinem Nistplatz nördlich von Magdeburg. „Die ersten Störche werden Anfang März zu uns kommen, die letzten, darunter auch Albert, erwarte ich frühestens Mitte April“, erzählt der Wissenschaftler, der das Zugverhalten von Meister Adebar gemeinsam mit seinem Vater Christoph seit Jahren erforscht. Weißstörche, die den Weg über Osteuropa bis hinunter nach Südafrika genommen haben, müssen eine wesentlich längere Strecke zurücklegen als ihre Artgenossen, die auf der Westroute nur bis nach Spanien oder Westafrika gereist sind.



Albert, der 2009 mit seiner Partnerin Eva am Storchenhof vier Junge großzog, hat seine Winterferien in der Nähe von Johannesburg verbracht. „Mitte Februar begann er seinen Rückflug. Alberts Route verläuft allerdings nicht geradlinig, Störche müssen sich nach den thermischen Verhältnissen richten“, sagt Kaatz. Immerhin legte der Senderstorch bereits an den ersten drei Tagen knapp 500 Kilometer zurück. Nachdem Albert bereits in Botswana war, wechselte er etwas überraschend den Kurs nach Osten und erreichte Simbabwe. Der nächste Tag begann mit einer erneuten Richtungsänderung, wieder nach Norden.

Auch die beiden anderen Senderstörche Luis Henri und Leopold sind jetzt unterwegs. Gestartet ist Leopold am Sonntag in Tansania. Mittlerweile hat er den Äquator überflogen.

Problematisch könnte es für die Heimflieger über der Türkei werden. „In Anatolien herrscht noch tiefer Winter. Schnee und Regen mögen die Vögel gar nicht“, sagt „Storchenvater“ Michael Kaatz.

Zehn Störche, die im Herbst 2009 krank beziehungsweise verletzt waren, haben in Loburg übrigens überwintert. „Einige Tiere können aber bald ausgewildert werden“, berichtet Kaatz, der in Loburg derzeit auch einige durch die lange Kälteperiode geschwächte Greifvögel und Eulen betreut.

@ www.storchenhof-loburg.de

Entführung entpuppt sich als harmlos

Adorf (dpa). Eine vermeintliche Kindesentführung im vogtländischen Adorf hat gestern Morgen einen Großeinsatz der Polizei ausgelöst. Eine Augenzeugin hatte die Beamten alarmiert, nachdem sie beobachtet hatte, wie ein etwa acht Jahre altes Mädchen zu zwei Männern in ein Auto mit Nürnberger Kennzeichen stieg. Nach Polizeiangaben wurde auch mit einem Hubschrauber nach dem Kind gefahndet.

Das allerdings entpuppte sich später als 20-jährige Studentin, die mit ihren Kommilitonen eine Fahrgemeinschaft bildete. Die junge Frau sei nur 1,45 Meter groß und von kindlicher Statur – der Gedanke an eine Kindesentführung war deshalb nicht abwegig, hieß es.